

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

12.5.1928 (No. 112)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amend, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3 RM. einricht. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Die Eröffnung der „Pressa“

In Köln wird heute die internationale Presseausstellung „Pressa“ eröffnet. Nahezu zwei Jahre und besonders in den letzten Monaten und Wochen wurde Tag und Nacht fieberhaft gearbeitet, damit heute das große Werk, diese kulturgeschichtliche Weltanschauung, die erste und größte in diesem Rahmen und auf diesem Gebiete, der Öffentlichkeit übergeben werden kann.

Gestern, am Vorabend der Eröffnung, trug die Stadt bereits festliches Gepräge. Eine Reihe der Gesandten und Vertreter der an der Ausstellung beteiligten außerdeutschen Nationen, Vertreter der Reichs- und Länderregierungen usw. sind bereits in Köln eingetroffen. Der „Abeingoldzug“ brachte gestern mittag eine große Anzahl von Pressevertretern aus allen Teilen des Reiches zur Eröffnungsfeier. Die Kölner Zeitungen bringen große Leitartikel, in denen sie die auswärtigen Gäste, an deren Spitze der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in Köln willkommen heißen. Die großen Kölner Tageszeitungen erscheinen heute mit einer umfangreichen Sonder-Pressnummer. Die gestern hier eingetroffenen Pressevertreter nahmen am Nachmittag eine Vorbesichtigung der Weltanschauung vor.

Glückwünsche des Reichstanzlers

W.B. Köln, 12. Mai (Tel.) Reichstanzler Dr. Marg hat in einem Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Abenauer von Rhun aus nochmals sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß er infolge seines Gesundheitszustandes nicht an den Eröffnungsfeierlichkeiten der „Pressa“ teilnehmen könne und seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt. In dem Schreiben des Reichstanzlers wird u. a. gesagt, er bringe auch persönlich sein großes Interesse an dem hochbedeutenden Unternehmen zum Ausdruck, das so recht geeignet sei, Zeugnis abzulegen von dem Wert und der glänzenden Entwicklung der deutschen Kultur. Köln habe eine Tat vollbracht, für die ihm das ganze deutsche Volk dankbar sein müsse.

Der „Atheinische Merkur“

Ein großes literarisches Ereignis auf der Presse ist die Wiederveröffentlichung des „Atheinischen Merkur“, der vor mehr als hundert Jahren erschienenen, von Zimmermann als „Beifügen der Zeit“ bezeichneten „Atheinisch-Deutschen Zeitung“. Sie erscheint in Originalgestalt als Teil der großen historisch-kritischen „Atheinischen Ausgabe“, und ist unabhängig von der großen Ausgabe erhältlich. Der erste Band wird vom Gildesverlag bei Eröffnung der Presse dem Vorsitzenden des Präsidiums, Oberbürgermeister Dr. Abenauer, feierlich überreicht.

Südhina und der Völkerbund

Der Präsident der Nanjingregierung appelliert jetzt an den Völkerbund wegen der Entsendung japanischer Truppen nach Schantung. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat den Appell an die Mitgliedsstaaten zur Information weitergeleitet. Der in dem Telegramm der Nanjingregierung erwähnte Absatz 2 des Artikels 11 des Völkerbundespatentes besagt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann, und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht. Danach kann dem Antrage der Nanjingregierung nur stattgegeben werden, wenn er von irgendeinem Völkerbundmitglied, etwa den Regierungen von Peking oder Tokio, die übrigens beide im Rat vertreten sind, unterstützt wird.

W.B. London, 12. Mai. (Tel.) Die „Times“ berichten aus Peking: Die japanischen Truppen haben nach der Besetzung Tsingtau die Kontrolle über die Tientsin-Pufanbahn von einem Punkte einige Meilen südlich von Tsingtau bis zum Südufer des Gelben Flusses übernommen. — Aus Schantung berichtet die „Times“, daß weiterhin Bemühungen unternommen werden, um einen Boykott der Japaner zu veranstalten. 8 japanische Vertreter sind dort aus Casabo eingetroffen.

General a. D. von Deimling ist ernsthaft erkrankt. Deimling war anlässlich einer großen Reichsbannerveranstaltung von seinem Wohnsitz Baden-Baden nach Oppeln gefahren, um dort zu den oberösterreichischen Reichsbannern zu sprechen, wo er erkrankt ist.

Arbeitsaufnahme in der Leipziger Metallindustrie. Eine von 1200—1300 Personen besuchte Funktionärerversammlung des Metallarbeiterverbandes in Leipzig hat sich dahin entschieden, daß die Arbeit am kommenden Montag geschlossen wieder aufgenommen werden soll. Ein kommunistischer Antrag, der Fortsetzung des Streiks verlangte, wurde ohne Abstimmung beiseite geschoben.

Zeitungsstreik in Berlin. Die „Deutsche Tageszeitung“, „Arbeiterzeitung“ und „Berliner Blatt“ konnten wegen Streiks des technischen Personals nicht erscheinen.

Kommunistische Propaganda in der französischen Marine. Fünf Matrosen des französischen Kreuzers „Mülhausen“ wurden vom Gericht in Brest wegen kommunistischer Propaganda an Bord zu fünf bis acht Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Pariser Kommunist, der als Antifist in Frage kam, erhielt 13 Monate Gefängnis.

Letzte Nachrichten

Der Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika

W.B. Berlin, 12. Mai (Tel.) Die am 5. Mai d. J. in Washington unterzeichneten Verträge zwischen dem Deutschen Reich und den Ver. Staaten zerfallen in einen Vergleichs- und einen Schiedsgerichtsvertrag.

Der Vergleichsvertrag sieht vor, daß alle Streitfragen, wenn sie auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege nicht beigelegt werden konnten, zur Untersuchung und zum Bericht einer ständigen Internationalen Kommission unterbreitet werden, die wie folgt zusammengesetzt wird: Je ein Mitglied wird durch die Regierung jedes der beiden Länder gewählt, und ein weiteres Mitglied wird von jeder Regierung aus einem dritten Lande gewählt. Das fünfte Mitglied wird auf Grund einer Verständigung beider Teile gemeinsam gewählt und darf nicht Angehöriger eines der beiden Länder sein. Die Internationale Kommission kann auf Grund eines künftigen Beschlusses auch von sich aus ihre Dienste zur Unterbreitung einer Streitfrage anbieten. Beide vertragschließenden Parteien erhalten sich das Recht vor, hinsichtlich des Gegenstandes der Streitfrage nach freiem Ermessen zu handeln, sobald der Bericht der Kommission erstattet worden ist. Der Vertrag soll fortlaufend in Kraft bleiben, bis er von allen Vertragsparteien schriftlich mit einjähriger Kündigungsfrist aufgelöst wird.

In der Einleitung des zweiten, nämlich des Schiedsgerichtsvertrages, wird besonders betont, daß die Vertragspartner bestrebt sind, durch ihr Beispiel nicht nur zum Ausdruck zu bringen, daß sie den Krieg als Werkzeug der internationalen Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verurteilen, sondern auch den Eintritt des Zeitpunktes zu beschleunigen, in welchem der Abschluß internationaler Übereinkommen zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen für immer die Möglichkeit eines Krieges zwischen irgendwelchen Mächten der Welt beseitigt wird. Der Vertrag sieht vor, daß alle zwischen den Vertragspartnern entstehenden Streitigkeiten, sofern sie weder auf diplomatischem Wege noch durch Anrufung einer Vergleichskommission geregelt werden konnten, und soweit sie nach den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit entscheidbar sind, somit für ein Schiedsverfahren geeignet sind, dem ständigen Schiedshof oder einem anderen Gericht vorgelegt werden. Von der schiedsgerichtlichen Behandlung sind ausgeschlossen alle Streitfälle, deren Gegenstand entweder unter die einheimische Gerichtsbarkeit fällt oder in die Interessen einer dritten Partei eingreift oder die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung bedroht oder auf der Beobachtung der Deutschland nach der Völkerbundschartung obliegenden Verpflichtungen beruht oder in die Beobachtung dieser Verpflichtungen eingreift.

Ablehnung des Kellogg-Paktes durch Frankreich

W.B. London, 12. Mai. (Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Paris, die französische Regierung habe endgültig sich dahin entschieden, daß Kellogg's Vorschläge für die Ächtung des Krieges in ihrer augenblicklichen Gestalt, d. h. ohne Hinzufügung der in der letzten französischen Note vorgeschlagenen Vorbehalte, unannehmbar seien.

Die deutschen Parteien in der Tschechoslowakei

W.B. Prag, 12. Mai (Tel.) Die Deutsche Nationalpartei veröffentlicht im Anschluß an ihre gestrige Klubtagung, in der Dr. Rofsch sein Amt als Klubvorsitzender niederlegte, eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die sogenannte Verhändlungsaktion ist trotz des Entgegenkommens der Deutschen Nationalpartei infolge des mangelnden guten Willens der anderen Parteien als gescheitert anzusehen. Die Deutsche Nationalpartei, die bereit ist, unter veränderten Verhältnissen, wenn die Voraussetzungen bei den übrigen deutschen Parteien vorhanden sein sollten, die Verhändlungsaktion wieder aufzunehmen und durchzuführen, kann sich aber durch die Rücksicht auf eine, vielleicht einmal in der Zukunft mögliche Zusammenarbeit aller deutschen Parteien nicht von der ihr als nationale Partei auferlegten Verpflichtung abbringen lassen, eine nach ihrer Meinung unrichtige und vom nationalen, kulturellen und sozialen Standpunkt schädliche Politik aufs Schärfste mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Nur durch diesen Kampf, der zugleich Aufklärung ist, kann sie der durch die Politik der in der Regierung vertretenen deutschen Parteien geförderten Entwicklung mit Erfolg entgegenarbeiten, die aus der anderen deutschen Bevölkerung tschechoslowakische Patrioten ohne nationale Widerstandskraft und ohne nationales Wollen machen will.

Wehrmacht und Mafteier in Oesterreich

W.B. Wien, 12. Mai (Tel.) Die „Arbeiterzeitung“ berichtet über einen Befehl des Wehrministers, wonach Soldaten, die an der diesjährigen Mafteier teilgenommen haben, wegen Verletzung des Heeresansehens vor die Disziplinarkommission zu stellen seien. Dem Blatt zufolge haben 1500 Wehrmänner in Fühl an der Mafteier teilgenommen. Die „Arbeiterzeitung“ bezeichnet das Vorgehen des Wehrministers als Verletzung der Bundesverfassung.

Durch Fernuntersuchungen beim Brandenburger Magistrat wurde die Steuerkasse um 300 000 RM geschädigt.

Verschärfung der Lage in Schantung

Die Japaner führen in Schantung regelrecht Krieg. Eine ganze Armee, deren Stärke auf 40 000 Mann beziffert wird, operiert in der Gegend von Tsingtau. Und den vereinten Anstrengungen der Japaner ist es nunmehr gelungen, Tsingtau zu besetzen, sowie einen Teil der südhinesischen Truppen gefangenzunehmen. Man muß schon sagen, daß das eine etwas ausschweifende Art ist, „Leben und Eigentum der japanischen Untertanen in Schantung zu schützen“. Alle anderen Mächte haben ihre Staatsangehörigen aus dem von dem Bürgerkrieg unmittelbar betroffenen Gebiet entfernt. Nur Japan hat geglaubt, anders handeln zu müssen. Es braucht sich nicht zu wundern, wenn man hinter diesem Handeln ganz bestimmte, machtpolitische Motive sucht.

Wir haben schon vorgestern an dieser Stelle betont, daß Japan zweifellos alles daransetzen will, um die Eingung Chinas zu verhindern. Der siegreiche Einzug der Südhinesen in Peking würde die Einigung Chinas bedeuten. Fallen die japanischen Truppen aber den Südhinesen in die Hände bzw. in den Rücken, so ist die Regierung des Nordens in Peking gerettet, und den Nationalisten wird noch im letzten Augenblick die Palme des Sieges aus den Händen gewunden. Schon jetzt schließt die Tatsache, daß Tsingtau sich in den Händen der Japaner befindet, eine Bedrohung der Rückzugslinien des südhinesischen Heeres in sich.

Inzwischen hat Japan den übrigen Großmächten einen neuen Vorschlag unterbreitet, der noch viel deutlicher zeigt, worauf es eigentlich hinaus will. Nach diesem Vorschlag soll das ganze Gebiet um Tientsin als neutrale Zone erklärt werden. Was das strategisch bedeuten würde, ergibt sich am besten aus einem Vergleich. Geht der Fall, es befänden sich Truppen auf dem Marsch nach Paris; sie stehen bereits in der Gegend von Reims und Eprenay. Und nun wird plötzlich das ganze Gebiet zwischen Compiegne und Melun als neutrale Zone erklärt. Die deutschen Truppen könnten dann wieder umkehren. So ist es auch mit dem japanischen Vorschlag. Tientsin ist gewissermaßen der südliche Brückenkopf von Peking. Es zur neutralen Zone erklären, heißt Peking retten und die Südhinesen zum Rückzug zu zwingen. Man kann es begreifen, daß die Großmächte ein derartiges Ansuchen abgelehnt haben.

Die Lage des Kerns der südhinesischen Armee, ist, wie gesagt, schon an und für sich unangenehm genug. Die Rückzugslinie, die über Tsingtau führt, ist bedroht, da diese Stadt sich jetzt im Besitz der Japaner befindet. Es zeugt von großem Offenheitsgeist, daß die Südruppen trotz alledem ihren Vormarsch fortgesetzt haben. Bis jetzt hat ihnen der Erfolg recht gegeben, da auch nach den neuesten Meldungen die Position Tschangtscholin in Peking als erschüttert gilt. Tschangtscholin Anerbieten, in Verhandlungen über einen Waffenstillstand einzutreten, haben die Nationalisten des Südens nicht angenommen. Aber man kann nicht wissen, was in den nächsten Tagen geschieht. Diplomatisch gesehen, könnte eine rasche Einigung zwischen Süden und Norden von großem Vorteil sein, und zwar aus folgenden Gründen:

Die südhinesische Regierung von Nanjing hat sich mit einer Beschwerde über das Vorgehen der Japaner an den Völkerbund gewandt und übrigens gleichzeitig auch den Schutz und die Vermittlung Washingtons angerufen. Da im Völkerbund die südhinesische Regierung nicht als staatsrechtliche Vertretung anerkannt ist, sondern die Pekingregierung als die legitime Vertreterin Chinas betrachtet wird — Peking hat sogar einen Sitz im Völkerbundsrat —, kann sich der Völkerbund zunächst mit dem Ersuchen Nanjings gar nicht beschäftigen; es müßte denn sein, daß irgendein Mitglied des Völkerbundes von sich aus die Einmischung des Bundes beantragte. Die Regierung von Peking wäre zu einem solchen Antrag durchaus berechtigt. Und, wenn man bedenkt, daß schließlich für den Norden wie für den Süden Chinas Japan der gleich gefährliche Feind ist, wäre es schon denkbar, daß jetzt im Hinblick auf die Möglichkeit eines Eingreifens des Völkerbundes Verhandlungen zwischen Tschangtscholin und der Regierung des Südens stattfinden.

Es spricht nicht gerade für das gute Gewissen der Japaner, daß sie in demselben Augenblick, als das Gesuch Nanjings an den Völkerbund bekannt wurde, erklärten, sie würden eine Erörterung der Angelegenheit vor dem

Völkerverbände nicht dulden, und es müsse zu schweren Konsequenzen führen, wenn trotzdem eine solche Erörterung begünne; Japan tue nichts anderes, als „Leben und Eigentum seiner Untertanen schützen“. Nun, man weiß ja zur Genüge, wie diese Behauptung zu bewerten ist. Japan verfolgt ganz offensichtlich bestimmte machtpolitische Ziele in Schantung. Die japanische Außenpolitik ist nun einmal darauf angelegt, China unter den Einfluß Tokio zu bringen. Nicht umsonst hat man sich in Korea, in Dairen und in der Kiutschaubuch festgesetzt, nicht umsonst baut man die China vorgelagerte, japanische Insel Formosa zu einem militärischen Stützpunkt aus. Die Tendenz ist ganz klar. Fraglich ist nur, ob China sich die Annexion durch Japan gefallen lassen wird. Und ebenso fraglich ist, ob die übrigen Großmächte eine solche Annexion dulden werden.

Die Wasserstraßenpolitik Hollands und Belgiens und die Ruhrkohle

In Nr. 68 der „Karlsruher Zeitung“ brachten wir einen Artikel von Hans Wiening mit obiger Überschrift. Darauf entgegnete die Reichsbahndirektion Karlsruhe in Nr. 76. Der Verfasser schreibt uns nun:

Bei der Erörterung der holländischen Kohleneinfuhr nach Süddeutschland habe ich von den gegenwärtigen und den zukünftigen Verhältnissen gesprochen und zunächst hervorgehoben, daß die holländische Kohle schon jetzt einen günstigen Frachtweg hat, da sie für den 165 km langen Weg ab See nach Rotterdam eine Eisenbahnfracht von 2,15 fl. = 3,50 M und durch günstige Abschlüsse mit Neederreien eine durchschnittliche Abrechnung von 1,81 fl. = 2,20 M hat. Mit Umschlagkosten in Rotterdam ergibt sich bis Mannheim eine Gesamtfracht von etwa 6,00 M je t. Dieser Darstellung habe ich die Ruhrkohle gegenübergestellt, die sich zusammensetzt aus der Eisenbahnfracht von 1,96 M je t für die Durchschnittsentfernung von 30 km, den Umschlagkosten in Ruhrort von 0,45 M und der Wasserfracht von 3,25 M, im ganzen 5,66 M. In Mannheim sind die Umschlagkosten mit 0,55 M gleich. Diesen gegenwärtigen Verhältnissen habe ich die zukünftige Entwicklung gegenübergestellt, die eine Frachtsenkung für die holländische Kohle um etwa 1,50 M je t bringen wird. Meine Folgerung war die, daß bei dieser gefährlichen Entwicklung in Deutschland Mittel und Wege gefunden werden müßten, die geeignet sind, der Invasion fremder Kohle in die deutschen Absatzgebiete Einhalt zu gebieten.

Die Wasserfrachten sind, wie wohl bekannt ist, veränderlich, je nach dem Wasserstand des Rheines und dem Angebot der Röhne. Diese Frachten bei der bekannten äußerst bedrückenden Lage der Rheinschiffahrt weiter zu senken, ist eine glatte Unmöglichkeit. Es bleibt nur die Frage der Senkung der Wasserfrachten zum Wasserumschlag und der Erweiterung des Kohlenumschlagtarifs 6 u. Beide Forderungen sind von beteiligter Seite wiederholt und dringend erhoben worden. Wenn die Reichsbahndirektion Karlsruhe glaubt, hervorheben zu müssen, daß es nicht Aufgabe der Reichsbahn sei, die Schiffsfrachten und die Kohlenpreise einander anzupassen, so ist das eine Selbstverständlichkeit, die niemand bezweifelt. Daß es aber mit zu den volkswirtschaftlichen Pflichten der Reichsbahn gehört, in ihrem schmerzlichen Kampf, der ihr durch die Wettbewerbsverhältnisse aufgedrängt ist, die Hand zu reichen und da, wo es anging, zu helfen, dürfte ebenfalls eine Selbstverständlichkeit sein. Ich habe auf zwei Möglichkeiten hingewiesen, die mit Rücksicht auf die Konkurrenzlage, die den inneren Kohlenmarkt schwer belastet, geprüft werden müßten. Das wird um so dringender, je günstiger die Frachtwerte für die fremde Kohle werden. Auf diese Entwicklung warnend hinzuweisen, habe ich mich im Interesse der deutschen Kohle für verpflichtet gehalten.

Die Geburtenziffer in England

Nach den amtlichen Aufstellungen über die Bevölkerungsabnahme in Großbritannien hat das verg. Jahr die geringste Geburtenziffer ergeben, seit Statistik darüber geführt werden. Die ersten Monate des laufenden Jahres zeigten in dieser Hinsicht keine Besserung.

Lebendgeburtensziffern im 4. Quartal von 1927 mit 152 754 bezeichnet, oder um 11 255 weniger als im Vierteljahr vorher und um 11 643 weniger als im gleichen Quartal von 1926. Von den 152 754 Geburten waren 77 976 männliche und 74 778 weibliche, so daß nach diesem Verhältnis auf je 1000 weibliche 1043 männliche Geburten entfielen. Im 4. Quartal der 10 vorangegangenen Jahre war das durchschnittliche Verhältnis 1000 weibliche zu 1050 männlichen Geburten gewesen. Die Jahresrate entsprach 1927 einem Verhältnis von 15,4 auf das 1000 der Bevölkerung laut den Schätzungen, die Mitte des Jahres vorgenommen worden sind. Das bedeutete 1,3 auf das 1000 weniger als um die gleiche Zeit von 1926.

Die Todesfälle im letzten Quartal von 1927 stellten sich auf 115 995 oder um 23 732 höher als im dritten Viertel, aber um 2684 geringer als im 4. Quartal von 1926. Der Jahresfuß war 11,7 auf das 1000 der Bevölkerung und auf 1000 weibliche kamen 1034 männliche Tote. Gegenüber dem letzten Vierteljahr von 1926 ist die allgemeine Sterblichkeit um 0,4 auf das 1000 geringer gewesen.

Die Kindersterblichkeit bei Säuglingen unter einem Jahre betrug 68 auf das 1000, sie war um 14 im 1000 geringer als der Durchschnitt in den letzten Jahresvierteln der vergangenen 10 Jahre und überhaupt die niedrigste, die in einem 4. Quartal jemals verzeichnet worden ist.

Die natürliche Bevölkerungszunahme in England und Wales betrug in dem genannten Vierteljahre 36 759. Sie hatte sich jedoch während der gleichen Zeitabschnitte in 1924/1925 und 1926 auf 62 292 bzw. 45 718, also immer höher als im letzten Viertel von 1927 gestellt.

Für das ganze Jahr war die natürliche Zunahme der Bevölkerung in England und Wales bei 654 969 Geburten und 484 636 Todesfällen 170 333. Der durchschnittliche Zuwachs in den vorhergehenden 5 Jahren ist 268 378 im Jahre.

General A. D. v. Lettow-Vorbeck, der deutschnationale Spitzenkandidat für Oberbayern-Schwaben, hatte gegen die sozialdemokratische „Münchener Post“ geklagt, weil das Blatt behauptet hatte, daß er seine Kandidatur von einer größeren Subvention in Höhe von 30 000 Reichsmark abhängig gemacht habe. Der deutschnationale Parteileitung sei es gelungen, diesen Betrag auf 20 000 Reichsmark herabzudrücken. Der verantwortliche Redakteur wurde zu 3000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Er hat Berufung eingelegt.

Eine Enzyklika des Papstes ruft die gesamte Menschheit zum einmütigen sozialen Wiederaufbau auf.

Der Schacht-Prozess

Der Beginn bis zum 18. Mai verlag

Moskau, 12. Mai. (Tel.) Gemäß dem Ersuchen der Verteidiger wurde der Beginn des Schacht-Prozesses bis zum 18. Mai verlag. Es treten als öffentliche Ankläger die Professoren Bach und Ossadisch, der Redakteur der „Delonmischestaja Schifa, Krumin, und andere auf.

Aus der Anklageschrift

In der Anklageschrift gegen die Angeklagten des bevorstehenden Schacht-Prozesses in Moskau wird weiter die Rolle der deutschen Ingenieure und Techniker bei Übergabe von Maschinen als eigenartig bezeichnet. Deutsche Firmen hätten in Gestalt von Prozentsätzen für getätigte Bestellungen Zahlungen geleistet und das Geld durch Ingenieure und Monteure, welche die Firmen vertraten und zur Aufstellung und Montage der Maschinen in die Sowjetunion kamen, überhand. Arbeiter hätten bekundet, daß gegenrevolutionäre Bestrebungen durch Vertreibung des Mechanismus der Steinkohlenindustrie beabsichtigt gewesen seien. Die Firma Anap habe im Jahre 1926 durch Vermittlung des Ingenieurs Kötter zwei Maschinen geliefert, die als untauglich erschienen und nach zwei bis drei Monaten in einen anderen Schacht übergeführt worden seien, wo sie gleichfalls ungenügend gearbeitet hätten. Badtieber habe bekundet, daß Kötter durch Bestechung die Ernennung einer neuen Prüfungscommission erreicht habe, die die Maschinen für tauglich befand. Der Sachleiter habe etwa 1000 Rubel Bestechungsgelder, ein anderer 2000 Rubel erhalten.

Am Schluß der Anklageschrift ist als Leiter des Moskauer Organisationszentrums Scoruto bezeichnet, der jedoch jede Schuld abstreift. Scoruto soll gemeinsam mit Katoff und Bratanowski, die vollkommen gefällig seien, mit französischen amtlichen Organen und dem polnischen Kriegsministerium in Verbindung gestanden und von ihnen erhebliche Summen erhalten haben. In Paris sei eine Verbindung mit dem dort abgehaltenen Kongreß südrussischer Bergindustrieller angeknüpft worden. Gleichzeitig hätten Beziehungen politischer Natur mit der Gesellschaft der Gläubiger des ehemals russischen Staates bestanden.

Von den 58 Angeklagten bekundeten sich 19 uneingeschränkt, 10 darunter Badtieber, teilweise für schuldig, die übrigen, darunter Otto und Raier, bestritten jede Schuld. Die Anklage stützt sich im wesentlichen auf die Bekundungen Katoffs, Bratanowskis und Kofarinoffs. Wie verlautet, soll der Beginn des Prozesses um einige Tage verschoben werden. Kofarinoff soll auch behauptet haben, daß die gegenrevolutionäre Organisation in Amerika Maschinen ohne Erlaubnis bestellt habe.

Zu den Meldungen russischer Blätter, daß die Siemens-Baunnen und die Siemens-Schudert-Werte Bestechungsgelder an russische Beamte und Angestellte gegeben und ihre Hand geboten hätten, Maschinen und Anlagen untauglich zu machen, wird von der Siemensfirma mitgeteilt, daß eine solche Anschuldigung jeder Grundlage entbehrt.

Aus dem Colmarer Autonomistenprozeß

In der Freitagssitzung wurde der Lehrer Burt über seine deutschen Beziehungen vernommen. Er erklärte u. a., er sei einige Zeit nach dem Waffenstillstand auf Denunzierungen (darunter auch seines Schulinpektors, der ihn als Vögte bezeichnet habe) aus dem Elsaß vertrieben worden und habe in Jeng in einem Kinderkinderheim als Lehrer Beschäftigung gefunden. Zu dieser Zeit sei er bezogen gewesen, der Vereinigung der Elsaß-Lothringer im Reich beigetreten, damit er als vertriebener Elsfässer vom Reich einen Zuschuß zu seinen 125 M Monatsgehalt erhielt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung äußerte sich u. a. der Angeklagte Fakhauer, daß man nicht behaupten könne, daß das Elsaß früher, vor 1918, unter einem Joch gelebt habe; denn es habe doch damals ein eigenes Parlament gehabt, das die das Land betreffenden Gesetze selbst gab und ein eigenes Budget verabschiedete.

Agnes Eggemann, ehemalige Stenotypistin beim „Elsässer Kurier“ und spätere Gattin des Bruders des Abbe Fakhauer, äußert sich über ihre Reisen nach der Schweiz, die man ihr zum Vorwurf macht, sowie über ihre Bankkonten, die im Januar 1927 in der Action Francaise veröffentlicht wurden. Ihre Reisen nach der Schweiz seien auch begründet durch die Besuche, die sie ihrem in einer Genfer Kinderklinik liegenden Kinde abstatte. Sie habe in Luzern für etwa 400 000 französische Franken sich ein Konto errichten lassen, auf das dann später die in 820 000 französische Franken umgewandelten 100 000 Schweizerfranken des Darlehens Widys eingezahlt wurden. Ihr Konto diene zur Auszahlung der jeweiligen Forderungen des Baunnternehmers Eggrist, der den Bau des Grwinia-Gebäudes übernommen hatte. Abbe Fakhauer habe die Auszahlung durch ihre Vermittlung annehmen lassen, weil er, noch beim „Elsässer Kurier“ beschäftigt, nicht gewünscht habe, daß man dort von seiner Zeitungsgründung erfahre.

Nach Agnes Eggemann wird der ehemalige protestantische Pastor Veit verurteilt, der dann später in Straßburg und auch in Paris als Journalist und, wie er sagte, auch zeitweilig als Korrespondent für deutsche Zeitungen tätig gewesen sei. Auf Anordnung des Präsidenten wird ein bei Heil beschlagener Brief aus Berlin vom 13. Oktober 1926, dessen Unterschrift unleserlich ist, verlesen. In dem Briefe heißt es: „In der kommenden Zeitung muß die Einheitsfront aller Autonomisten erst ersichtlich sein. Verantwortlich zeichnen darf nur ein kleiner Depeschenredakteur, dessen Verschwinden der Zeitung nichts schaden dürfte.“ Dann folgt eine Wendung des Inhalts, daß der Briefschreiber der Zeitung seine Nachrichten 1/2 Jahr lang gratis zur Verfügung stelle. Das werde dem Blatt erlauben, an Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung alle Straßburger Zeitungen zu überflügeln. Heil erklärt, daß er den Schreiber dieses Briefes nicht kenne.

Wirtschaftsministerium u. Eisenpreise. Von Berliner zuständiger Seite wird jetzt mitgeteilt, daß sich die Entscheidung des Reichswirtschaftsministers in der Frage der Eisenpreise noch einige Zeit verzögern werde, weil noch eine grundsätzliche Prüfung der gesamten Verhältnisse notwendig sei. Vor allem soll untersucht werden, wie weit anginge, die den Inlandsabsatz an Walzwerkzeugnissen in so hohem Maße, wie es geplant ist, zu belasten, um damit die Konkurrenz auf dem ausländischen Markte zu finanzieren.

Beziehungen des Prinzen Carol zu kommunistischen Kreisen? „Daily Telegraph“ berichtet aus Paris, es verlautet, daß Prinz Carol einige Zeit in enger Fühlung mit den rumänischen Kommunisten gestanden habe, die in Paris ein Propagandabüro eröffnet hätten, sowie mit Kofowiski, als dieser letztes Jahr Sowjetbotschafter in Paris war. Carol habe, wie verlautet, eine Zeitung angenommen, daß er Präsident einer kommunistischen rumänischen Republik werden könnte.

Politische Neuigkeiten

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Besserung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des April weitere Fortschritte gemacht. Wenn auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nicht ganz so stark abgenommen hat wie in den vorhergehenden 14 Tagen, so sank sie doch von 844 800 am 15. April auf 729 300 am 30. April, also um rund 115 500 oder um 13,7 v. H. Dieser Rückgang entfällt mit 113 200 fast ausschließlich auf Männer, während sich die Zahl der unterstützten Frauen nur um 2300 (gleich 1,5 v. H.) verringerte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung, die bisher nur langsam zurückgegangen ist, weist diesmal einen erheblich stärkeren Rückgang auf; sie sank in der Berichtszeit von rund 182 000 auf 162 000, oder um 11 v. H.

Die Zahl der Notstandsarbeiter ist in der zweiten Hälfte des April wiederum gestiegen, und zwar um 2,9 v. H. Sie betrug am 30. April rund 90 200; davon waren vorher in der Arbeitslosenversicherung 69 500 und in der Krisenunterstützung 20 700. Auf 100 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung entfielen somit 9,5 auf 100 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung rund 12,8 Notstandsarbeiter.

Zu den Reichstagswahlen

16. Wahlvorschläge in der Pfalz. Der Kreiswahlausschuß für die Reichstagswahl für den 27. Wahlkreis (Pfalz) tagte unter dem Vorsitz des Kreiswahlleiters, Oberbürgermeister Dr. Weiß (Ludwigshafen) am 9. und 10. Mai. Für den Wahlkreis Pfalz sind 17 Wahlvorschläge eingereicht worden; in diesen wurde ein Wahlvorschlag vor der Sitzung des Ausschusses zurückgezogen. Die übrigen 16 Vorschläge wurden von dem Kreiswahlausschuß in Ordnung befunden und endgültig festgelegt.

Mieter und Parteien. Der Bund deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) gab die Wahlparole aus, daß die Mieter unter keinen Umständen den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei oder ihren Splitterparteien ihre Stimme geben sollten, da alle diese Parteien den Interessen der Mieter ständig entgegengehandelt hätten.

Der Reichswahlvorschl. Nr. 29. Wie vom Büro des Reichswahlleiters mitgeteilt wird, führt der Reichswahlvorschl. Nr. 29 nicht, wie irtümlich gemeldet wurde, die Bezeichnung „Deutschsozialer Reichspartei“, sondern „Deutschsozialer Partei“ (Richard Kunze).

Aus der Zeitungswelt

In Berlin und Brandenburg gibt es 179 parteilose Zeitungen, 11 sozialdemokratische, 35 deutschnationale, 4 Zentrumsfreundliche, 11 demokratische; in der Rheinprovinz 125 parteilose, 16 sozialdemokratische, 9 liberale, 8 deutschnationalparteilose, 11 deutschnationale, 99 zentrumsfreundliche, 11 kommunistische; in Westfalen 77 parteilose, 11 sozialdemokratische, 5 deutschnationalparteilose, 7 deutschnationale, 68 zentrumsfreundliche, 3 demokratische; in Bayern 257 parteilose, 13 sozialdemokratische, 2 liberale, 6 deutschnationalparteilose, 22 nationale, 14 bürgerliche, 8 demokratische; in Sachsen 130 parteilose, 10 sozialdemokratische, 3 liberale, 29 nationale, 39 bürgerliche; in Württemberg 87 parteilose, 13 sozialdemokratische, 8 liberale, 19 deutschnationale, 31 zentrumsfreundliche, 11 demokratische; in Baden 85 parteilose, 5 sozialdemokratische, 6 liberale, 35 deutschnationale, 18 demokratische Blätter.

Leistungsverbesserungen in der Angestelltenversicherung

Durch Gesetz vom 29. März 1928 sind mit Wirkung vom 1. April 1928 die Steigerungssätze für Beiträge aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Juli 1921 in den Klassen F bis J erhöht und in den Klassen A bis E neu eingeführt worden. Der Steigerungssatz beträgt für jeden Beitrag in der Klasse A: 0,50 M, B: 0,75 M, C: 1,00 M, D: 1,25 M, E: 2,00 M, F: 2,50 M, G: 3,00 M, H: 4,00 M, I: 5,00 M. Ferner ist der zum Ruhegeld gewährte Rinderzuschuß von 90 M auf 120 M jährlich erhöht worden. Renten, die vor dem 1. April 1928 festgestellt sind, erhalten die Leistungsverbesserung vom 1. Juli 1928 an, wenn sie dann noch laufen. Die Umrechnung der laufenden Renten erfolgt von Amts wegen. Die Höhe der neuen Rente wird den Empfängern bei Zahlung der Rente für Juli 1928 mitgeteilt. Vorherige Anfragen sind zwecklos.

Über 61 000 Deutsche sind ausgewandert

Im Jahre 1927 haben mehr als 61 000 Deutsche die Heimat verlassen, um nach überseeischen Ländern auszuwandern. Im Vergleich zu dem Vorjahre hat sich diese Abwanderung allerdings um mehr als 4 000 vermindert. In wie hohem Maße die Zahl der Auswanderer von den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Heimat abhängig ist, geht daraus hervor, daß in dem Vorjahre 1926, als die Inflation ihren Höhepunkt erreichte, nicht weniger als 115 000 Deutsche nach Übersee ausgewandert sind. In den sechs Jahren von 1922 bis 1927 betrug die Zahl der ausgewanderten Deutschen mehr als 400 000 insgesamt. Da es sich meist um Menschen im schaffenskräftigen Alter handelt, so stellt diese Auswanderung für die deutsche Volkswirtschaft einen bedeutenden Verlust dar.

Von den 61 000 Auswanderern nahmen fast 33 000 über Bremen und fast 26 000 über Hamburg ihren Weg, der Rest über fremde Häfen. Über Bremen und Hamburg sind außerdem noch rund 29 000 Ausländer ausgewandert, darunter 1268 bisher im Deutschen Reich ansässige Ausländer.

Was die Verteilung der auswandernden Deutschen auf die einzelnen Länder anbelangt, so ist die Auswanderungsziffer in den meisten preussischen Provinzen, im freistaat Sachsen, in Thüringen, in Hessen, in Hamburg usw. zurückgegangen, dagegen in Württemberg, Bayern und Baden gestiegen.

Der Anschlag auf den Wiener Bürgermeister Seig. Richard Strebing, der wegen des Attentatsversuches gegen den Bürgermeister Seig angeklagt war, ist vom Wiener Schöffengericht des verurteilten Wortes für schuldig befunden und zu 2 Jahren schweren Kerfers verurteilt worden.

Millionenunterdrückung eines belgischen Bürgermeisters. Der seit Samstag vermisste Bürgermeister von Bailleur hat sich der Polizei in Dänkirchen gestellt. Es wird ihm vorgeworfen, Unterschlagungen in Höhe von vier bis fünf Millionen Franken zum Schaden der Wiederaufbauorganisation seiner Gemeinde und der „Coöperative des glühens dévastes“ begangen zu haben. Außerdem soll er die Subventionen des Staates für den Wiederaufbau unterschlagen haben.

Vidi Baum: „Soll in Frauenste“, Roman. Verlag Illstein, Berlin. Die Dichterin der „Jeme“ und der vielen anderen geliesenen Romane („Mie, der Meerg“, „Eingang zur Bühne“, „Tänze der Zina Raffay u. a.) gibt in dem vorliegenden Buch ein getreues Bild von der Jugend und ihrer unsentimentalen Art. Liebesnöte sowie Räte des Geldbeutelns zu meistern.

Das freiwillige Tuberkuloseverfahren bei Kindern

nach der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 11. Januar 1928.

Am 1. April 1928 traten in Baden Vorschriften über das freiwillige Tuberkuloseverfahren bei Kindern in Kraft. Es erscheint daher angebracht, auf das Verfahren und die Bestimmungen etwas näher einzugehen. Doch handelt es sich bei diesen nur um eine Neuauflistung von Grundfragen. Das freiwillige Tuberkuloseverfahren selbst war schon vor dem Krieg in Baden wie auch anderwärts eingeführt. Der Zweck des freiwilligen Tuberkuloseverfahrens kann daher hier als bekannt vorausgesetzt werden.

Der Anschluß an das Verfahren geschieht durch einfache Erklärung, daß man beitreten wolle. Die Erklärung ist entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll auf dem Bürgermeisterrat des Wohnorts abzugeben. Das Bezirksamt entscheidet sodann über die Aufnahme.

Durch den Beitritt verpflichtet sich der Tierbesitzer lediglich, seinen Viehbestand regelmäßig tierärztlich beobachten zu lassen. Zu diesem Behufe wird durch die am 1. April 1928 in Kraft tretenden Vorschriften eine zweimalige Untersuchung im Jahr durch den Tierarzt gefordert. Tiere unter 6 Monaten sind von der Untersuchungspflicht ausgenommen, ebenso (unter besonderen Sicherungsmassregeln) die zur Mast bestimmten Tiere. Im übrigen ist den Weisungen des Tierarztes genaue Folge zu leisten.

Im freiwilligen Tilgungsverfahren kann sich jeder seinen Tierarzt wählen (sog. Vertrauentierarzt). Als solcher kann jedoch nur bestellt werden, wer vom Bezirksamt ausdrücklich als Vertrauentierarzt zugelassen worden ist.

Für die Aufnahme in das Verfahren kommen Rindviehbestände in Betracht, welchen nach dem Gutachten des Vertrauentierarztes nur Tiere angehören, die frei von tuberkuloseverdächtigen Erscheinungen sind. Tiere, die solche Merkmale zeigen, können dem Verfahren nicht angeschlossen werden. Die Tuberkulosefreiheit ist bei der Beitrittserklärung durch besondere Bescheinigung des gewählten Tierarztes zu belegen.

Damit der Gesundheitszustand der dem Verfahren angeschlossenen Tiere nicht gefährdet wird, hat der Besitzer die Einfuhr neuer, der Untersuchung unterliegender Tiere alsbald seinem Vertrauentierarzt zum Zweck der Vornahme einer Untersuchung anzuzeigen. Endlich können dem Verfahren in der Regel nur solche Viehbestände angeschlossen werden, deren Besitzer Zucht oder neben Milchwirtschaft gleichzeitig Aufzucht betreibt.

Die polizeiliche Tötung wegen Tuberkulose und damit die Ermittlung der Entschädigung aus der Staatskasse wird bei einem dem Verfahren angeschlossenen Tier wie bisher herbeigeführt. Die Tötungsanordnungen sind in Zukunft jedoch in der Regel vom Bezirksamt zu treffen. Entschädigung wird wie bisher nur bei äußerlich erkennbarer Tuberkulose gewährt.

Die von dem Beigetretenen zu zahlenden Kosten sind geringfügig. Zu zahlen sind nach den neuen Grundfragen in der Hauptsache die Kosten der von dem Vertrauentierarzt vorzunehmenden Untersuchungen und der sonstigen Tätigkeit des Vertrauentierarztes. Die Untersuchung im Tierhygienischen Institut erfolgt unentgeltlich; auf Antrag werden von demselben die zur Einlieferung der Proben erforderlichen Gefäße unentgeltlich geliefert.

Die Entlohnung des Tierarztes ist genauestens geregelt. Derselbe hat eine Untersuchungsgebühr von jeweils 50 Reichspfennig für jede der beiden vorgeschriebenen regelmäßigen Untersuchungen der dem Verfahren angeschlossenen Tiere anzusprechen. Mit dieser Gebühr ist auch die sonstige Mithewaltung des Arztes bei der Durchführung des Verfahrens abgegolten.

Die gleiche Gebühr steht dem Arzt für die Untersuchung der zur Aufnahme in das Verfahren angemeldeten Bestände sowie für die vorgeschriebene Untersuchung neuergestellter Tiere zu. Daneben kann er als Reisekostenersatz 50 Reichspfennig für jeden angefangenen Kilometer der Hin- und Rückreise ansprechen.

Die Untersuchungen hat der Vertrauentierarzt tunlichst gelegentlich vorzunehmen, damit kein besonderer Aufwand an Kostenersatz entsteht.

Es ist zu erwarten, daß durch die richtige Handhabung der neuen Bestimmungen der Rindertuberkulose billig und wirksam gesteuert werden kann. Bei zahlreichem Beitritt steht nicht nur zu hoffen, daß die schon bisher von den Viehbestizern gemäß § 10 Viehseuchenschutzgesetzes zu zahlenden Beiträge sich vermindern werden, sondern daß auch der Milchpreis unter Umständen günstig beeinflusst werden kann. Die meisten nach dem Viehseuchengesetz zu zahlenden Entschädigungen betreffen erfahrungsgemäß Tiere, die mit Tuberkulose befallen sind; und die Preispolitik der großen städtischen Milchzentralen stützt sich nicht zuletzt darauf, daß die Freimachung der Milch von (Tuberkel-)Bazillen die große Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis rechtfertigt. Eventuell wird sich daher auch möglichst der geschlossene Beitritt von Zuchtgenossenschaften empfehlen, weil nur so reiches Material über das Verfahren gesammelt und etwaige Mängel derselben beseitigt werden können. Wie man hört, sollen nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften diejenigen Viehbesitzer, die nicht beitreten, nicht mehr damit rechnen können, daß im Fall notwendig werdender Tötung eines tuberkulosekranken Tieres Entschädigung aus der Staatskasse gezahlt wird; ebensowenig damit, daß die dem Verfahren nicht angeschlossenen Tiere von notwendig werdenden veterinärpolizeilichen Verlehrs- und Nutzungsbefristungen verschont bleiben.

Der Beitritt kann daher nur warmstens empfohlen werden.
Friedrich Schmitt, Reg.-Rat, Rosbach.

Badischer Teil Landwirtschaftliche Genossenschaftstagen

D3. Karlsruhe, 11. Mai

Gegen 12 Uhr begann, ebenfalls im großen Festhallsaal, die 29. ordentliche Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H.

Nach Begrüßungsworten des Präsidenten Keibel erstattete Direktor Kündel den Geschäftsbericht. Er gab einen Überblick über die Lage des Geldmarktes und beklagte, daß es immer noch an billigem Kredit fehle. Erfreulicherweise befindet sich die eigene Kapitalbildung bei den Genossenschaften in langsamem Aufsteigen. Einige könnten bereits wieder mit eigenen Mitteln arbeiten. Direktor Kündel verbreitete sich dann über Struktur und Geschäftsbetrieb der Genossenschaften. Der Erlassung der Sparanlagen sei besondere Bedeutung beizumessen und der Kleinsparverlehr in den Gemeinden, namentlich unter der Schuljugend zu fördern. Hierin liege ein wichtiges Moment für unsere gesamte Volkswirtschaft. Das Hauptgewicht müsse auf die Liquidität der Genossenschaften gelegt werden.

Die Bilanz der Landwirtschaftsbank per 31. Dezember 1927 schließt mit 29 577 540 M ab. Die Giroverbindlichkeiten für umlaufende, noch nicht fällige Wechsel betragen 9 922 773 M. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt ab mit 649 659 M. Nach den Abschreibungen und Rückstellungen verbleibt ein Reingewinn von 142 548 M, aus dem eine Dividende von 8 Proz. zur Verteilung gelangt. Zugewiesen wurden dem Reservefonds und der Betriebsrücklage je 37 840 M, dem Aufwertungsreservefonds 47 100 M. Die bankeigenen Mittel der Bank betragen nunmehr 506 000 M (400 000 im Vorjahr), Reservefonds und Reichsmark 2 014 000 M (1 885 000), Geschäftsanteile und Guthaben, zusammen 2 520 000 M (2 285 000). Der Aufwertungsreservefonds erreicht die Höhe von 177 000 M, die Haftsumme beträgt 20 140 000 M gegenüber 18 850 000 im Vorjahr. Der Bad. Landwirtschaftsbank Karlsruhe sind angeschlossen 1003 Genossenschaften mit 143 866 Einzelmitgliedern. Bei den Genossenschaften, insbesondere bei den Spar- und Darlehensklassen, ist eine langsam ansteigende Aufwärtsentwicklung im Jahre 1927 festzustellen. Die Bilanz, so schließt Direktor Kündel seinen Bericht, könne als befriedigend bezeichnet werden.

In der längeren Aussprache wurde immer wieder auf die Schwierigkeit der Geldbeschaffung hingewiesen. Die Bilanz fand die Genehmigung der Generalversammlung. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt und nach Vornahme der Erbschaftssteuer die Sitzung geschlossen.

D3. Karlsruhe, 12. Mai

Auch den heutigen Verhandlungen wohnte im Auftrage des Innenministeriums Oberregierungsrat Cronberger bei. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Odonomierats Schittenhelm eröffnete der zweite stellvert. Vorsitzende, Kerpel, Lohrbach, die 7. ordentliche Generalversammlung der Bad. landw. Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H.

Prof. Koch, Leiter der landw. Versuchsanstalt Augustenberg, gab im Interesse einer gesunden Grundlage des Verkehrs mit Bedarfsstoffen verschiedene Anregungen, darauf übernahm Präsident Keibel den Vorsitz mit dem Hinweis, daß auf dem Wege der Samierungsbefreiungen ein erheblicher Schritt vorwärts getan wurde. Man habe intensiv und sparsam gearbeitet. Die Hauptsache sei Disziplin in den eigenen Reihen. Direktor Kündel erstattete den Geschäftsbericht. Die Landwirtschaft sei trotz ihrer bedrängten Lage bestrebt gewesen, durch rationellere Arbeitsmethoden, besonders durch vermehrte Verwendung künstlicher Düngemittel und Kraftfuttermittel, ihre Lage zu verbessern. Dies zeigten die Umsatzziffern der Hauptgenossenschaft im Jahre 1927. Es wurden umgesetzt: 2 187 478 Zentner Düngemittel, Futtermittel, Saatgut, Saatgetreide, Saatkartoffeln, Brennmaterial, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, sowie Getreide, Speisefartoffeln und Kraut im Gesamtwert von 13 378 047 M. Der Umsatz an Düngemitteln erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 77 000 Zentner. Auch der Umsatz an Futtermitteln war um 42 000 Ztr. größer als im Vorjahr. Saatkartoffeln wurden 20 000 Zentner mehr vermittelt. Eine der Hauptaufgaben erblickte die Hauptgenossenschaft auch im Berichtsjahr in der genossenschaftlichen Erfassung der landw. Produkte. Der Umsatz an Milch in den eigenen und mit der Hauptgenossenschaft verbundenen Unternehmungen betrug letztes Jahr 29,8 Millionen Liter im Werte von 5 740 000 M, das ist nahezu ein Drittel des Gesamtverbrauchs der badischen Städte. Der Bericht unterreicht, daß das Bestreben nach Verlieferung von nur Qualitätswaren von den Genossenschaften immer mehr unterstützt werden müsse. Trotz der Schwierigkeiten der Abwicklung der Warenkredite infolge der Geldarmut der Landwirte könne das Ergebnis des Berichtsjahres 1927 im allgemeinen als sehr befriedigend bezeichnet werden. Der Mitgliederstand am Jahreschluß war 676 mit 1628 Anteilen. Geschäftsanteile und Haftsumme betragen 5 372 400 M. Die Bilanz verzeichnet in Aktiven 3 492 897. Nach Abschreibungen von 158 619 M verbleibt ein Reingewinn von 26 972 M, welcher zu drei Viertel dem Reservefonds zugewiesen und mit dem Restbetrag auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach Bekanntgabe des Revisionsberichts ohne Aussprache genehmigt und dem Vorstand wie auch dem Aufsichtsrat einmütig Entlastung erteilt.

Aus der Heidelberg Studentenschaft

D3. Heidelberg, 10. Mai. In der ersten ordentlichen Sitzung dieses Semesters kam das Schreiben des badischen Ministers für Kultus und Unterricht zur Verlesung, welches für die Heidelberg Studentenschaft erneut die Unmöglichkeit des Wiedereintritts in die heutige Deutsche Studentenschaft darstellt. Die Großdeutsche Studentengemeinschaft gab folgende Erklärung ab: Mit Bedauern nimmt die Großdeutsche Fraktion von dem endgültigen Beschluß des Herrn Ministers Kenntnis. Sie sieht sich dadurch die letzten verfassungsmäßigen Mittel genommen, um den Wiedereintritt in die Deutsche Studentenschaft zu vollziehen. Aus der Erwägung heraus, unter allen Umständen eine Arbeit im Aisa zu gewährleisten, sieht sich die großdeutsche Fraktion veranlaßt, die Frage des Wiedereintritts in die Deutsche Studentenschaft zunächst zurückzustellen, erklärt aber erneut, daß sie sich nach wie vor zu den Grundfragen und dem Aufbau der Deutschen Studentenschaft bekennt. — Ein Antrag der freien Hochschulguppe auf Regelung der Chargenordnung bei Veranstaltungen der Gesamtstudentenschaft scheiterte laut „Heidelb. Tagebl.“ an hartnäckigen Entschlüssen der Großdeutschen Studentengemeinschaft, bei Ausfällen u. dgl. niemals den Freistudenten den Vortritt lassen zu wollen. — Darauf wurde der Vorstand des Aisa neu gewählt.

Landesversammlung des Badischen Philologenvereins. Vom 31. Mai bis 3. Juni findet in Erlberg die Landesversammlung des Badischen Philologenvereins statt.

Breßfahrt im Rheingoldzug

Am Freitag führte die Deutsche Reichsbahngesellschaft dem am 15. Mai zum ersten Male zwischen Hoel van Hollanz Köln, Basel und Luzern verkehrenden Rheingoldzug der Breßfahrt vor. Die Fahrt, an der etwa 200 Personen teilnahmen, und die unter Führung des Leiters des Breßfahrtendienstes der Reichsbahn, Reichsbahndirektor Dr. Baumann, stattfand, führte von Mainz nach Köln. Ein kurzer Aufenthalt in Bacharach gab Gelegenheit zur genauen Besichtigung des neuen Zuges.

Nach einer Begrüßungsansprache des Staatssekretärs Dr. Kumbier machte Reichsbahndirektor Baumgarten bemerkenswerte Ausführungen über den Sommerfahrplan und erwähnte u. a., daß die Durchschnittsgeschwindigkeit der F. D. Züge weiter heraufgesetzt worden sei, daß der schnellste Zug eine Stunden-geschwindigkeit von über 80 Kilometer haben werde. Reichsbahndirektor Udermann sprach über Bau und Konstruktion des neuen Rheingoldzuges, der als eine Spitzenleistung des deutschen Waggonbaues bezeichnet werden könnte. Die künstlerische Innenausgestaltung der Salonwagen, die sich durch reichliche Verwendung von Edelhölzern für die Tüfelung der Wände, von neuartigen Beleuchtungskörpern, elektrische Ventilationsanlagen und bequeme Lehnsesseln auszeichnet, bietet dem Reisenden sowohl in den Saalräumen wie auch in den einzelnen Abteilen jede Bequemlichkeit. Vor sämtlichen Sitzplätzen sind Tische angeordnet. Für je zwei Salonwagen ist eine Küche vorhanden, so daß die Fahrgäste, ohne daß sie ihre Plätze zu verlassen brauchen, ihre Mahlzeiten in ihren Abteilen einnehmen können. Ein Vertreter der holländischen Eisenbahnerverwaltung begrüßte die deutsche Reichsbahn zu dieser hervorragenden neuen Einrichtung und wünschte dem ersten deutschen Pullmanzuge guten Erfolg.

Zur Frage der Donauversicherung

Zwischen Vertretern der württembergischen und badischen Regierung fanden in der Frage der Donauversicherung in Tuttlingen Besprechungen statt, an die sich eine Besichtigung an Ort und Stelle anschloß. Das Ergebnis wird von maßgebenden Stellen vertraulich behandelt. Württembergische Blätter führen aus, daß diese neuerliche Beratung der seit langem viel erörterten Frage im Zusammenhang mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 17. Juni v. J. stehe, die auf eine Zwischenlösung abzielt.

Jahresbericht der Badischen Jugendherbergen

Im jüngsten Mitteilungsblatt der „Badischen Jugendherbergen“ erscheint der Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1927, der auf der Bodenseetagung an den Pfingstfeiertagen zur Besprechung kommen wird.

Die Zahl der Ortsgruppen betrug mit Ende 1927 63. Der Mitgliederstand ist von 3376 auf 3536 gestiegen. Das badische Jugendherbergsnetz ist sich ungefähr gleich geblieben. Die Höhe der Herbergen um ein Vielfaches gestiegen. Ende 1927 wurden gezählt, einschließend des Eigenheim des Gaus 124 Herbergen. Die Übernachtungszahl ist von 137 522 auf 151 734 gestiegen. Eine statistische Übersicht zeigt die gewaltige aufsteigende Veränderung der Übernachtungsziffern seit dem Jahre 1920, wo 5300 Übernachtungen gezählt worden waren. Wenn 1927 die 30fache Zahl der Übernachtungen innerhalb eines kurzen Zeitraumes aufweisen kann, so geht daraus am treffendsten die Notwendigkeit der Schaffung von Jugendherbergen für die wanderlustige Jugend hervor. Die stärksten besuchten Jugendherbergen waren Heidelberg, Konstanz, Schaumburg und Zellberg. In das neue Jahr sind die badischen Jugendherbergen mit zwei neuen großen Aufgaben gegangen: Der Bau in Singen am Hohentwiel ist fertiggestellt und einzurichten, desgleichen die neue Jugendherberge auf dem Söhlberg, die aus der Gewerkschaftsspende errichtet wird, zu bauen. Der reine Vermögensstand beläuft sich auf 174 379,13 M.

Tagungen

Studiengesellschaft für Hochspannungen. In Konstanz fand dieser Tage die Frühjahrstagung der Studiengesellschaft für Hochspannung statt. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit großer Elektrizitätswerke und elektrotechnischer Spezialfirmen Probleme der Hochspannung zu studieren, um die Wirtschaftlichkeit der Elektrizitätsversorgung zu fördern. Die Verhandlungen in Konstanz betrafen technische Spezialfragen und hatten keinen öffentlichen Charakter. Im Anschluß an die Tagung wurde eine Reise zur Besichtigung der schweizerischen Hochspannungsanlagen veranstaltet.

Der 29. Verbandstag des badischen Konditorverbandes tagte in Konstanz unter Leitung des Vorsitzenden Dehler, Karlsruhe. Der Abschluß der Genossenschaft zeigt einen Umsatz von 200 000 M, und einen Reingewinn von 14 500 M. Obermeister Schuster, Mannheim, sprach unter anderem über die Lehrlingsausbildung. Als nächster Tagungsort wurde Karlsruhe bestimmt.

Der Bund der badischen Klein- und Mittelbrauer hielt in Schwetzingen seinen 18. Brauertag ab. Den Verhandlungen wohnte Oberregierungsrat Bucerus, Vorstand des Badischen Landesgewerbeamts, bei. Präsident Ketterer, Hornberg, schilderte die Lage des Braugewerbes unter Hinweis auf die das Gewerbe berührenden Fragen. — Direktor Ernst von der Hochschule Weihenstephan hielt einen Vortrag über den Gärungsprozess in der Brauerei, Oberregisseur Dwyer sprach über Wirtschaft- und Steuerfragen. Es wurde eine Entschließung gefaßt, die sich gegen die derzeitige Handhabung der Biersteuer richtet.

Aus dem Badischen Kriegerbund. In der letzten Bundesauskunftung wurde die Frage des Kleinatlettsportbesuches besprochen. Präsident Generalmajor a. D. Ullmann erörterte das Verhältnis zum Südwestdeutschen Sportverband und die Bemühungen mit dem Verband freundschaftliche Beziehungen herbeizuführen. Diese Bemühungen seien erfolgreich geblieben. In der Frage der Erholungsheime wurde der vom Präsidium eingenommene Standpunkt gebilligt, vorläufig nur zur Sammlung eines Grundstocks aufzufordern. An einen Erwerb eines Heimes kann aus finanziellen Gründen zur Zeit nicht gedacht werden.

Tagung der deutschen Bahnhofswirte. In der Zeit vom 8. bis 11. Mai tagte in Heidelberg der 28. Verbandstag des Verbandes der deutschen Bahnhofswirte, zu dem sich etwa 700 Teilnehmer aus nah und fern eingefunden hatten. Ein Antrag Magdeburgs, der die einheitliche Verlegung der Bahnhofswirtschaften außerhalb der Bahnhofsperrre wünschte, fand einstimmige Annahme. Hinsichtlich der Pachtwirtschaften wünschte die Mehrheit der Bahnhofswirte die Festsetzung einer festen Pachtsumme. Der Milchverkauf auf den Bahnhöfen dürfe nur dann an andere vergeben werden, wenn die Bahnhofswirte ihn nicht ausführen können. Weitere Wünsche der Tagungsteilnehmer gingen auf Wänderung des Steuerbruders und Berücksichtigung besonderer Wünsche bei Einführung eines Arbeitszeitgesetzes.

Lohnbewegungen in Baden

Lohnbewegung in Bruchsal. Die gesamte Arbeiterchaft der Holzindustrie G. m. b. H. Bruchsal befindet sich seit Donnerstag wegen Lohnforderung im Streik, nachdem der vom zuständigen Landesrichter gefällte Schiedsspruch von der Direktion abgelehnt worden war. Donnerstagabend bewilligte die Direktion eine Zulage von 9 Reichspfennig pro Stunde, jedoch mit der Voraussetzung, daß eventuelle Verschlechterungen durch einen endgültigen Tarif von Seiten der Arbeiterchaft getragen werden müßten. Diese lehnten jedoch dies Ansuchen ab. Es kommen etwas über 100 Arbeiter in Betracht.

Begeisterte Aufnahme der Philharmoniker in Paris

Das Konzert, das das Berliner Philharmonische Orchester Freitagabend unter der Leitung von Wilhelm Furtwängler in Paris gab, gestaltete sich zu einem unbeschränkten Triumph für die deutschen Musiker. Etwa 2500 Personen füllten den großen Saal. Außer dem deutschen Vorkonzert von Furtwängler war Unterrichtsminister Herriot erschienen, und die französische Musikwelt von Rang war vollzählig vertreten. Zur Aufführung gelangten Hindemiths „C-Moll-Concerto-grosso“, Beethovens „Fünfte C-Moll-Symphonie“, A. Strauß' symphonische Dichtung „Till Eulenspiegel“ und das Violin- und Klavierkonzert von Wagner's „Meistersinger“. Der Beifall der Zuhörer der schon nach der Hindemith'schen Komposition einsetzte, steigerte sich nach Beethovens Symphonie zu einem Jubel, wie er ähnlich in Paris seit Jahren nicht zu verzeichnen war. Furtwängler wurde mehr als ein Duzend mal herausgerufen. Die Mitglieder des Orchesters erhoben sich und man jubelte ihnen zu. Ähnliche Szenen der Begeisterung spielten sich nach den weiteren Darbietungen ab und erreichten nach Schluß des Meisterkonzerts ihren Höhepunkt, als Minister Herriot in Begleitung des deutschen Vorkonzerts von Furtwängler begab und ihm für die Aufführung dankte. Nach Schluß des Konzerts ließen sich die Beifallsdemonstrationen auch noch auf der Straße fort, und als der deutsche Vorkonzert mit Dr. Furtwängler das Auto bestieg, brachte man Furtwängler minutenlang Ovationen dar.

Gemeinde-Rundschau

Das Heidelberger Forschungsinstitut. Nach dem „Heidelb. Tageblatt“ dürfte am 21. Mai mit den Bauarbeiten für das nach den Plänen des Prof. Freese, Karlsruhe, zu errichtende Forschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei der Ernst-Walz-Brücke begonnen werden.

9,5 Millionen Fehlbetrag im Mannheimer Haushaltsplan. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928 wurde festgestellt. Der durch die Gemeindesteuer zu deckende Fehlbetrag ist 9.522.500 gegenüber 8.811.300 M im Jahre 1927. Die Verschärfung über die Höhe der gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer erfolgt, sobald die endgültige Veranlagung der Steuerwerte für das Jahr 1928 vorliegt. Dem Bürgerausschuß wird der Haushaltsplan voraussichtlich am 7. Juni zur Beratung vorgelegt werden.

Keine Wiederherstellung des Bezirksamts Baden-Baden. Der Minister des Innern hat dem Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden auf das Ersuchen, das Bezirksamt Baden-Baden wieder zu errichten, erwidert, daß es augenblicklich nicht möglich sei, in Erwägungen in dieser Frage einzutreten, da unter Führung des Reiches Verhandlungen darüber in Gang gekommen seien, ob sich nicht für alle deutschen Länder ein gleichmäßiger Behördenaufbau ermöglichen läßt. — Der Stadtrat hat beschlossen, den unwirtschaftlich gewordenen städtischen Holzhof abzubauen.

Protestversammlung gegen einen Bürgermeister. Vor wenigen Tagen waren in Stodach in der Schillerstraße die Lindenbäume gefällt worden, und zwar wurden die Bäume auf Befehl des Bürgermeisters Lang in den frühen Morgenstunden zwischen 5 und 7 Uhr umgelegt. Schon im Bürgerausschuß war gegen den Plan, die Lindenbäume zu fällen, um die Schillerstraße den modernen Verkehrsverhältnissen entsprechend herrichten zu können, Stellung genommen worden. Eine am Dienstag einberufene Protestversammlung war von 600 bis 700 Personen besucht. Oberforstrat Schlicht kritisierte das Umlegen der Bäume. Es wurden drei Entschlüsse gefaßt, in welchen u. a. erklärt wird, daß die Maßnahme des Bürgermeisters Lang eine Verstärkung der Behörden und Einwohnerchaft bedeute, und zum schärfsten Protest herausfordere.

Der Bürgerausschuß Immendingen setzte in seiner letzten, unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Jäckle abgehaltenen Sitzung zunächst die endgültige Gemeindeumlage für 1927 fest, und zwar für Grundvermögen 50 Pf., Betriebsvermögen 20 Pf. und Gewerbeertrag 3 M. Als weiterer Punkt stand der Vorschlag für 1928 auf der Tagesordnung. Die Debatte hierüber war sehr rasch zu Ende und zeigte das gute Einvernehmen zwischen Gemeindeverwaltung, Gemeinderat und Bürgerausschuß. Der ungedeckte Aufwand von 16.793 M wird durch folgende Umlage gedeckt: vom Gemeindevermögen 50 Pf., vom Betriebsvermögen 20 Pf., und vom Gewerbeertrag 3 M. Der dritte Punkt betraf die neue Beamtenbesetzung und Erlaß einer Satzung für Gemeindeangestellte. Weiter wurde die Aufnahme eines Darlehens von 15.000 M beschlossen zur Abgabe von Gemeindebaudarlehen im Interesse der privaten Wohnungsbautätigkeit. Sämtliche Punkte der Tagesordnung wurden einstimmig angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Tagungen in Karlsruhe. Außer den genossenschaftlichen Tagungen und dem kameradschaftlichen Treffen der ehemaligen Leibgrenadiere werden in der nächsten Zeit folgende Verbandstagungen hier stattfinden: 26. bis 28. Mai I. Deutscher Polizeihundeberein, 5. und 6. Juni Badische Betriebs- und Innungskrankenkassen. Zu letzterem erwartet man über 1000 Teilnehmer. Auch der Verband badischer und pfälzischer Kleingartenpächter hält vom 1. bis 3. September seine Hauptversammlung in Karlsruhe ab in Verbindung mit einer Kleingartenbauausstellung.

Lotterie „Frohe Kindheit“. Landau, Landau finden gegenwärtig die Ausstellungen verschiedener Hauptgewinne der großen Wohlfahrts- und Warenlotterie „Frohe Kindheit“ zugunsten der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge berechtigtes Interesse der Allgemeinheit. Auch hier in Karlsruhe zeigen eine Reihe von Firmen die wertvollen Gewinne. Alle diese Dinge werden allenthalben Freude machen. Wenn man nun noch bedenkt, daß die Gesamtzahl von 15.799 Gewinnen durchweg praktische und nützliche Dinge des Haushaltes sein werden, ferner daß der erste Hauptgewinn der „Frohen Kindheit“ ein Barbetrug von 5000 M sein wird, so kann man verstehen, daß sich die Allgemeinheit außerst rege am Losauf beteiligt und der Gang der Lotterie deshalb ein recht guter ist. So ist zu erwarten, daß der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge mit dem Reinertrag der Lotterie eine erhebliche Summe zugeführt werden kann und manche unserer Kleinkinderanstalten damit verbessert werden mögen.

Die Bad. Lokal-Eisenbahnen A.-G. veröffentlichten im heutigen Anzeiger eine Mitteilung über eine Tarifierhöhung zum 15. Mai.

Der Prozeß gegen den Karlsruhe Postkutschier. Wie wir erfahren, wird das am 21. Mai wieder zusammengetretene Schwurgericht u. a. gegen den 28jährigen vorbestraften Schneider Friedrich Weingärtner aus Karlsruhe verhandeln, der sich wegen der von ihm begangenen Postkutschschwindel und außerdem wegen verübten Totschlages zu verantworten haben wird. Bekanntlich wurde der Schwindler, der in mehreren Fällen Kassenboten auf dem Schiedamt abgehobene Geldbeträge, sich als Kriminal- oder Postbeamter ausgebend, abgeschwindelt hatte, am 2. März auf dem Ludwigsplatz verhaftet, wobei er auf den Polizeibeamten einen Schuß abgab, der jedoch nicht traf.

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei wolkenlosem Himmel kam es heute in der Ebene noch vielfach zu Strahlungsfrösten. Über England sind jetzt ozeanische Westwindmassen angelagert, die voraussichtlich noch weitere Südwärts vorzuziehen werden, und bei uns Verwölkungszunahme bringen. Wetteraussehen für Sonntag: Vorwiegend wolfig und zeitweise leichter Regen bei westlichen Winden. Anhaltend kühl.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 12. Mai. Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten bei der Mannheimer Gewerbebank wurde der „Neuen Bad. Landesztg.“ zufolge der 33 Jahre alte Kaufmann Karl Brauch wegen Beihilfe zur Untreue verhaftet.

D. Bruchsal, 12. Mai. Der frühere Verleger und Redakteur der „Bruchsaler Zeitung“, Detlev Weber, ist in Pforzheim im Alter von 85 Jahren gestorben, nachdem ihm seine Gattin vor 6 Wochen im Tode vorausgegangen war. Weber führte die „Bruchsaler Zeitung“ von 1878 bis 1910, wo er das Blatt verkaufte und zu seinen Kindern nach Pforzheim zog.

Hd. Trüben, 12. Mai. Hatte der Wettersturz dieser Tage durch seine Abkühlung und seinen Schneefall keinen Schaden anrichten können, weil die Temperaturen in den in Frage kommenden Lagen von 600 bis 800 Meter infolge des wolfig gebliebenen Wetters sich dem Nullpunkt nur annäherten, so ist leider in der Nacht zum Freitag mit der fortschreitenden Aufhellung der Schäden nicht ausgeblieben. Infolge der Ausstrahlung sank die Temperatur unter Null, was zu Eisbildung führte. Damit war für die in Blüte stehenden Bergföhnen die Gefahr des Frostschadens gegeben, der denn auch eingetroffen ist. Ganze Striche, wo vorher ein weißer Blütenflor stand, weisen die bekannte bräunliche Farbe auf.

D. Mühlheim, 11. Mai. Die Schulfestung des vorderen Markgräflerlandes versammelte sich gestern in Begleitung ihrer Lehrer auf dem Feiner Hof, um mit einer schlichten Feier des großen Sohnes der Heimat, Hebel, zu gedenken. Hauptredner Müller, Pfaffen, hielt die Gedächtnisrede. Gesangsbeiträge der Schüler umrahmten die Feier. Die Schulfestung des vorderen und hinteren Markgräflerlandes begab sich zur Feier ihres großen Dichters auf die Saufenburg.

D. Elmeneck (Amt Waldshut), 12. Mai. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr brach auf noch unaufgeklärte Weise in dem Anwesen des Landwirts Karl Vogelbacher Feuer aus, das auch auf das benachbarte Anwesen des Landwirts Adolf Freiburg übergriff und beide Anwesen in kurzer Zeit in Asche legte.

Darmstadt, 11. Mai. Unter dem Vorsitz des Finanzministers fand am Donnerstag eine Besprechung über den Ausbau des Straßenbahnnetzes von Darmstadt nach dem Odenwald statt. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die elektrische Straßenbahn Darmstadt-Zugheim als gesichert gelten kann. Einzelne die Wahrung der Verkehrsinteressen betreffende Sonderfragen bedürfen noch der endgültigen Klärung. Es besteht aber Aussicht, daß auch diese Verhandlungen bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Auf die Erschließung des Odenwaldes gerichtete Bestrebungen wurden eingehend erörtert.

WTW. Landau, 11. Mai. Aus der oberen Gardt und aus dem oberen Queichthal, besonders aus den Weinorten Wickenweiler, Frankweiler und Siebelingen werden aus der letzten Nacht schwere Frostschäden gemeldet. Die Temperatur ging unter 0 Grad zurück, und um die jungen Triebe der Weinstöcke bildete sich eine Eiskruste. In vielen Lagen dürfte die Weinernte vernichtet sein. Die Getreidefelder sind an vielen Stellen mit Eis überzogen, sodaß mit einem großen Ausfall bei der Ernte gerechnet werden muß. Die amtlichen Stellen sind mit der Untersuchung der Schäden beschäftigt.

Verschiedenes

Unschuldig hingerichtet?

Auf Grund der neuen Ermittlungen sind im Fall des russischen Staatsangehörigen Zatulowski, der im April 1925 von dem medienburgischen Schwurgericht wegen angeblicher Ermordung des vier Jahre alten unehelichen Knaben Kogens, seines eigenen Sohnes, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, drei Personen verhaftet worden, die sich gegenständig beschuldigen, die Tat vollbracht zu haben. Es sind dies der Pferdnecht Heinrich Blöcher, der Arbeiter August Kogens und der Landarbeiter Paul Kreuzfeld. Der Fall Zatulowski hat in den letzten Jahren wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt. Wenn gleich man selbstverständlich nicht von einer endgültigen Klärung sprechen kann, so verleiht die Befürchtung, daß ein Justizmord geschehen ist, doch verleiht das Leben, die das Urteil des Schwurgerichts in jedem unbefangenen Leser hervorrufen mußte. Gewiß kann auch ein Indizienbeweis unter Umständen eine ausreichende Grundlage für eine Verurteilung bieten. Dann muß er aber so genügend sein, daß auch jeder Fernstehende von den Ausführungen des Urteils überzeugt sein muß. So lag es hier aber nicht. Bedenklich war vor allem, daß die Überführung des Angeklagten sich auf die Beobachtungen eines Zeugen stützte, dessen geistige Beschränktheit das Urteil selbst anerkannte. Die Nachprüfung, die die jetzige Streitige Regierung angeordnet hat, ist also in hohem Maße gerechtfertigt.

„Gedoppelt“ Rennpferde

WTW. Berlin, 12. Mai (Tel.). Unter der Beschuldigung, Rennpferde „gedoppelt“ zu haben, ist auf Anzeig des Verbandes der konfessionierten Zuchtmeister Deutschlands gegen den früheren Rennstallbesitzer Fritz Friedländer, Berlin, ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die Polizei ermittelte zwei Futtermesser, die wiederholt von Friedländer Dopingmittel erhalten hätten, die den Pferden eine Stunde 40 Minuten vor dem Start in einer ausgehöhlten Mohrrinde eingegeben werden sollten. Die Futtermesser bestritten aber, jemals einem Pferde die Mittel verabreicht zu haben.

Überschwemmungen in Ungarn

WTW. Budapest, 12. Mai (Tel.). Wie aus Vistoler gemeldet wird, ist der Fluß Sajo über die Ufer getreten und hat große Gebiete überschwemmt. Das Überschwemmungsgebiet beträgt bereits mehrere tausend Joch. Mehrere Gemeinden wurden durch die Fluten von der Außenwelt abgeschnitten.

Der neue deutsche Ozeanflug

Sämtliche Verträge des neuen Flugprojekts Rudolfstadt—New York sind abgeschlossen. Erster Pilot wird Rittig sein. Die Route ist Zürich—Lissabon—Lagoren—New York.

Eine Hilfsexpedition für die „Bremen“

Nach einer Meldung aus Washington hat Kriegssekretär Davis die Entsendung einer Hilfsexpedition bestehend aus zwei Armeeflugzeugen, die als Land- sowie als Wasserflugzeuge verwendet werden können, nach Greenly Island gutgeheißen. Es soll um den Weiterflug der „Bremen“ zu ermöglichen, der am 1. Juni in der Expedition teilnehmen. Er soll sich mit einem Fallschirm, und zwar aus etwa 2000 Fuß Höhe, auf Greenly Island herablassen, weil eine Landung der nicht mit Schiern besetzten Flugzeuge dort unmöglich ist. Die Flugzeuge sind in Mitchellfield eingetroffen, von wo sie über Newfoundland nach Greenly Island weiterfliegen wollen. Man erwartet die Rückkehr der Expedition nach Mitchellfield für nächsten Donnerstag. General Fehet ist persönlich mit der Führung betraut.

WTW. Mitchellfield, 12. Mai (Tel.). Die beiden Armeeflugzeuge, die zur Hilfeleistung für die „Bremen“ gestern Abend von Washington abgeflogen waren, sind in der Nacht hier gelandet. Der Flug nach Greenly Island soll über Newfoundland und Neufundland führen. In St. George auf Neufundland werden die beiden Flugzeuge auf die „Bremen“ warten. Wie verlautet, rechnet man damit, am Samstag über Greenly Island und am kommenden Donnerstag in New York einzutreffen. General Fehet, der die Expedition leitet und in einem der Flugzeuge an ihr persönlich teilnimmt, ist der Kommandeur der amerikanischen Luftstreitkräfte.

Der erste Flug der „Italia“

Die „Italia“ ist nach Kingsbad (Spitzbergen) zurückgekehrt, weil dichter Nebel über den Eisblöcken jede Orientierung unmöglich machte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Feisennotierungen

	12. Mai		11. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.51	168.81	168.51	168.85
Kopenhagen 100 Kr.	112.03	112.25	112.06	112.28
Italien . . . 100 L.	22.01	22.05	22.01	22.05
London . . . 1 Pf.	20.186	20.426	20.382	20.422
New York . . . 1 D.	4.176	4.184	4.1765	4.1845
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.48	80.64	80.485	80.645
Wien 100 Schilling	58.757	58.875	58.765	58.885
Prag . . . 100 Kr.	12.377	12.397	12.377	12.397

Eine Erklärung der Badischen Beamtenbank in Karlsruhe. Die Badische Beamtenbank teilt mit: Mit Bezugnahme auf den Sitzungsbericht der Mannheimer Beamtenbank machen wir darauf aufmerksam, daß die Höhe des Betrages von 250.000 Reichsmark durch die Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. in Karlsruhe an die Mannheimer Beamtenbank Zug um Zug gegen Abtretung der Forderung der Mannheimer Beamtenbank an ihre Mitglieder in Höhe von rund 630.000 M erfolgte, so daß die Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. in Karlsruhe auf Grund der Bestimmung des § 30 der Konkursordnung voll gesichert ist und keinerlei Schäden erleiden hat.

Staatsanzeiger

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

ernannt:
Gerichtsassessor Dr. Erich Schulz mit der Amtsbezeichnung „Justizrat“ zum Notar in Neustadt.
Berufen:
Gerichtsverwalter Friedrich Weiser beim Amtsgericht Waldshut zum Amtsgericht Willingen; die Justizobersekretäre Friedrich Grindler beim Amtsgericht Neßl zum Amtsgericht Willingen, und Josef Spiegelhalter beim Amtsgericht Willingen zum Amtsgericht Achern, Kanzleiaufsichtin Amalie Eberhard beim Amtsgericht Freiburg zum Notariat daselbst, Gerichtsvollzieher Josef Vogel beim Amtsgericht Offenburg zum Amtsgericht Lahr, Aufseher Bernhard Babler beim Landesgefängnis Mannheim zum Landesgefängnis Freiburg.
Entlassen auf Ansuchen:
Amtsgerichtsrat Wilhelm Marxen in Pforzheim.

Schnellzugverbindung „Rheingold“ Holland—Schweiz

Mit Inkrafttreten des Sommerfahrplans am 15. Mai 1928 verkehrt das neue Fernschnellzugpaar FFD 103 und 101 Amsterdam—Basel SBB. (vom 1. Juli bis 10. September) bis und ab Luzern) und umkehrt. Die beiden FFD-Züge — im Fahrplan auch als Rheingoldzüge gekennzeichnet — sind mit Wagen 1. und 2. Klasse nach System Pullman ausgerüstet. Die Benutzung des Zugpaars ist nur gegen Entrichtung des Fernschnellzugzuschlages und eines weiteren Zuschlages von 3 M in der 1. und 2 M in der zweiten Wagenklasse zum tarifmäßigen Schnellzugfahrpreis gestattet. Dieser Zuschlag gilt nur für die deutsche Strecke und bis und ab Basel SBB.; für die niederländischen und vom 1. Juli an für die schweizerischen Strecken werden besondere Zuschläge erhoben. Kinder vom vollendeten 4. bis zum vollendeten 10. Lebensjahre erhalten Zuschlagkarten zum halben Preise. Für Reisen unter 150 Kilometer und für Gesellschaftsreisen sind die Züge gesperrt.

Lernt Auto fahren

in der Fahrschule der

bad. Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H.

Gottesauerstr. 6 KARLSRUHE Tel. 5149 u. 5449

werden Sie als Berufsfahrer oder Herrenfahrer (auch Damen) auf Benz-Personen- und Lastkraftwagen sowie Krafttraktoren gewissenhaft und gründlich von erprobtem Lehrpersonal ausgebildet — Kursbeginn und Anmeldung jederzeit